

Autor: Birgit Wentzien
Gesprächspartner: Wolfgang Merkel, Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
und Professor für Politische Wissenschaft an der Humboldt-Universität
Redaktion: SWR Studio Berlin
Birgit Wentzien
Sendung: Samstag, 29.01.2011, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR2

2 SWR2 Interview der Woche vom 29.1.2011

SWR: Das vergangene Jahr 2010, das war das Jahr der Bürgerproteste in Stuttgart, in Hamburg, überall in der Republik gegen die Atompolitik der Bundesregierung. Und es gibt jetzt im neuen Jahr und seither eigentlich keine Partei, die sich nicht auf die Suche macht nach neuen Wegen der Bürgerbeteiligung. Was sagen Sie, Herr Merkel? Ist das eine Modeerscheinung oder ist es mehr?

W.M.: Die Antwort ist nicht eindeutig. Ich würde nicht sofort sagen, dass es nur eine Modeerscheinung ist. Ich würde mich aber stark dagegen wenden daraus so etwas wie einen Aufbruch in eine neue Form der Bürgerbeteiligung oder gar eine neue Form der Demokratie zu sehen. Das erscheint mir überzogen. Es scheint mir einfach das Aneinanderreihen von zwei bis drei größeren Protestereignissen, die, nimmt man „Stuttgart 21“ aus, so neu nicht sind - weder als solche in ihrem Charakter noch in der Häufung.

SWR: Also Hamburg und die Proteste gegen die Atompolitik sind ein Muster und Stuttgart ist anderes Muster - warum?

W.M.: Stuttgart ist deshalb anders, weil ganz offensichtlich auch ein anderer Teil der Bevölkerung protestiert. Da sind nicht mehr die Jungen, da sind nicht mehr die rebellischen Jugendliche oder Menschen, die sich am Rande der Gesellschaft befinden, sondern das sind Menschen, die sich tatsächlich in der Mitte der Gesellschaft befinden und die mit guten Berufen ausgestattet sind und man vermutet auch mit ganz guten Einkommen. Die Motive sind gar keine solchen idealistischen, wie etwa gegen Atom, gegen den Krieg, Irak oder in der Vergangenheit war es Vietnam. Es sind nicht solche, sondern es sind Motive, die ganz stark an das Haushaltsgebaren von Regierungen herangehen, zum Teil mit Recht. Aber daraus sofort eine fundamentale Herausforderung von demokratischen Beteiligungsformen zu sehen, halte ich für komplett überzogen.

SWR: Auf Grund Ihrer Kenntnisse, Herr Merkel, wenn Sie jetzt einmal zurückschauen. Bislang war es in diesem Land ja eigentlich so, dass strittige politische Entscheidungen durch Wahlen legitimiert wurden. Die Ostpolitik beispielsweise. Ein streitbares politisches Objekt wird diskutiert, wird nach vorne gebracht. Politik traut sich auch einmal Linien in den Sand zu ziehen. Und durch Wahlen, wo Minderheiten und Mehrheiten sich dann artikulieren, ist dann aber auch Ruhe im Karton. Was sagen Sie jetzt mit Blick auf „Stuttgart 21“: Wird das ein Widerstand sein, der anhält?! Also ist das eine Qualität, die sich unabhängig von der Schlichtung und der jetzt dort ja erreichten relativen Ruhe weiter tragen wird? Werden die Leute noch weiter politisch aktiv oder agil sein?

W.M.: Die Erfahrung zeigt, dass das nicht besonders nachhaltig sein wird. Es mag sein, dass noch mal Protest aufflackert. Aber dass sich das so verstetigt, dass man daraus eine neue ständige politische Beteiligung herauslesen kann, das glaube ich nicht. Es sind auch nicht die Bürger, die sich so stark einer permanenten politischen Beteiligung verschreiben. Sondern, es war ein aktueller Anlass, der kein so großartiger war. Noch einmal, es ging nicht um Krieg und Frieden. Es ging um einige Millionen oder vielleicht Milliarden bei einem Modernisierungsprojekt, wobei man trefflich unterschiedliche Positionen einnehmen kann. Es ging da um eine doch fehlerhafte, wenn nicht bewusst fälschliche Informationspolitik über die Kosten der Regierung. Ich glaube nicht, dass man das so hochziehen kann, dass das eine neue Bürgerbeteiligung ist aus der Mitte der Gesellschaft. Dafür ist das Beispiel zu singulär. Es sind temporäre, kurzfristige Ereignisse. Das müsste sehr viel längerfristig tatsächlich stattfinden.

SWR: Dann liegen doch aber jetzt alle politischen Parteien, wenn sie großartig das Wort „Partizipation“ oder das Wort „Bürgerbeteiligung“ im Munde führen, falsch, wenn gar nicht so viel dahinter steckt?

W.M.: Parteien stehen unter Druck. Das wissen die Parteien selbst. Und wir wissen es aus Umfragen. Parteien sind nicht besonders beliebt bei den Bürgern, beziehungsweise haben kein großes Ansehen. Sie stehen bei allen politischen Objekten, die abgefragt werden, bei Bürgerinnen und Bürgern an unterster Stelle. Vielleicht kommen manchmal noch die Gewerkschaften, übrigens die Journalisten schneiden da auch nicht besonders gut ab. Aber Parteien sind gewissermaßen in einer Dauerverachtungskrise den Bürgern gegenüber. Deshalb reagieren sie sehr schnell und wie ich meine auch häufig opportunistisch. Sie müssen natürlich reagieren in einem solchen Fall, wie das in Stuttgart gewesen ist. Die Regierung hat relativ schwach und unangemessen reagiert, muss man sagen. Die Opposition, soweit es die Sozialdemokratie betrifft, hat hin und her oszilliert. Einmal hat sie zugestimmt, dem Projekt selbst zugestimmt, aber die Form sollte einmal noch beglaubigt werden, eventuell durch ein Referendum. Das war alles wenig durchdacht. Nur die Grünen haben eine gewisse Kontinuität gezeigt. Sie kommen selbst aus der Protestbewegung und sehen natürlich, dass die Protestbewegung ihnen als einer doch eher oppositionellen Partei nur Wasser auf die Mühlen bringt und sie stärkt. Insofern war das einzig rationale Verhalten der Parteien bei Stuttgart jenes der Grünen. Die anderen Parteien haben sozusagen strategisch falsch gehandelt.

SWR: Also, für Stuttgart gilt: Partikularinteressen auf der Straße, auf den Bäumen und auf der Seite der Politik Dilettantismus und Arroganz. Lassen Sie uns auf Hamburg schauen und die dort erreichte sechsjährige Primarschule. Die kam dort zustande aufgrund einer Entscheidung von 21 Prozent von materiell und intellektuell gut gestellten Bürgern. Ist das demokratisch?

W.M.: Es ist nicht sofort undemokratisch. Es ist ein Verfahren, das über die Bürgerschaftsverfassung einmal institutionalisiert worden ist, also auch von den Parteien akzeptiert worden ist, und das

angewendet worden ist. Das ist die eine Seite. Die andere Seite zeigt, wie problematisch solche Verfahren sein können. Das ist ein extremes Beispiel, wo 21 Prozent genügen, um eine solche fundamentale Entscheidung über Lebenschancen der Kinder aus unteren sozialen Schichten zu treffen. Es ist allerdings keine Erfahrung, die alleine steht. Wir wissen aus Referenden, dass die Beteiligungsquoten noch sichtbar unter denen von allgemeinen Wahlen liegen, seien es Bundestagswahlen oder Länder- oder Kommunalwahlen. Das heißt, es gibt einen Ausschnitt der Bevölkerung wider. Es ist nicht das Volk, das abstimmt, wie der Begriff suggerieren würde, sondern es ist ein Ausschnitt und es ist stets ein spezifischer Ausschnitt. Es sind ganz selten und nur ganz wenige der unteren Schichten oder plakativ formuliert, des unteren Drittels der Gesellschaft. Es sind ganz stark konzentriert Bevölkerungsgruppen, die gut situiert sind, die mindestens Abitur oder einen Hochschulabschluss haben. Die sind so grotesk überrepräsentiert, dass sie dann in ihrem Sinne – wie das in Hamburg geschieht – in ihrem, man kann fast sagen, um einen einen alten Begriff heranzuziehen – „Klasseninteresse“ Entscheidungen treffen - in ihrem materiellen Interesse und jenem ihrer Kinder, die hoch problematisch sind. Das sollten all jene, die Referenden immer wieder als den Ausdruck der Beteiligung des Volkes sehen, kritisch hinterfragen.

SWR: Die Grünen tun das, die SPD tut das, die FDP hinter verschlossenen Türen, die Linke sowieso. Das heißt, all' diese Parteien – ich spitze jetzt sehr zu – sind unterwegs zu einem nicht mehr demokratischen repräsentativen Bevölkerungs-Vertretungsmodell?

W.M.: Ich würde es nicht völlig so hinnehmen, wie Sie's formulieren. Ich würde nicht sagen „nicht mehr demokratisch“. Aber sie verkennen ein Instrument und ich würde generell sagen: Referenden können ein Zusatz zur repräsentativen Demokratie sein. Aber was gerade die linken Gruppen und Parteien verkennen, ist, dass hier gerade jene Klientel und soziale Schichten wählen, die im Grunde ihrer Unterstützung nicht bedürfen. Die haben die Ressourcen, um auf dem Markt selbst Karrieren zu machen. Und die setzen dann über solche Referenden, wo sie überproportional vertreten sind, ihre Interessen durch. Die Linke, die Grünen haben das nie diskutiert, nie zur Kenntnis genommen. Das nenne ich eine kognitive Ignoranz. Und man sollte sie doch – das klingt arrogant – noch einmal in Seminare schicken, wo das die Studenten aufgeklärter diskutieren.